



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

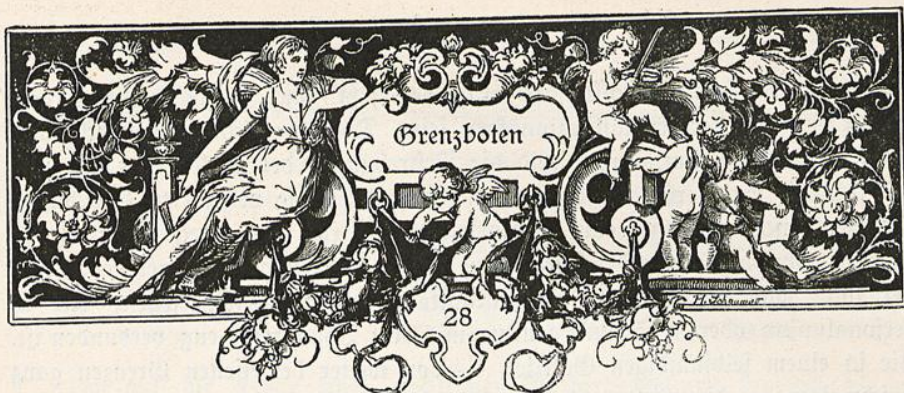
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Fitger, E.: Polen und die Polen in heutigen Europa

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Polen und die Polen im heutigen Europa

Von E. Fitger



ie Redaktion des polnischen Blattes *Krytyka* in Krakau versendet an eine Anzahl Männer von Ruf einen Fragebogen mit folgendem Inhalt:

1. Ist vom Standpunkte des Völkerrechts aus das Streben des polnischen Volkes nach Wiedergewinnung einer unabhängigen Existenz in den Grenzen seines heutigen Sprachgebiets als berechtigt anzuerkennen, oder nicht?

2. Ist im Interesse der europäischen Gesamtkultur die Erhaltung und selbständige kulturelle Weiterentwicklung der polnischen Nation im Rahmen eines unabhängigen Staatswesens wünschenswert oder unerwünscht?

3. Welchen Einfluß auf die europäische und Weltpolitik hätte a) die Umwandlung Russisch-Polens (innerhalb seiner heutigen ethnographischen Grenzen, also ohne Litauen und die ruthenischen Lande) in ein autonomes, dem russischen Reiche föderativ angeschlossenes Gebiet mit eigenem Landtag, eigener Landesregierung und eigenem Wehrwesen, b) die Umwandlung des gesamten polnischen Sprachgebiets in eine unabhängige demokratische Republik, in deren Grenzen sämtliche Einwohner ohne Unterschied der Konfession und Nationalität politisch und staatsbürgerlich gleichberechtigt wären?

Es dürfte nicht ratsam sein, auf die beiden letzten Fragen eine Antwort zu geben, denn notwendigerweise müßte diese kränkend für Rußland sein. Man redet allenfalls über die Abtrennung dieser oder jener Provinz aus dem Reiche des Sultans, aber nicht aus dem des Zaren, mit dessen Regierung Deutschland durchaus auf dem Boden normaler, freundschaftlicher Beziehungen steht. Mit Rußland mögen die Polen selbst ihre Abrechnung halten. Ruhiger beurteilt Österreich die Frage, denn wenn es je zur Wiederherstellung eines polnischen

Nationalstaats kommen sollte, so wird das jetzt ganz nationalpolnisch verwaltete Galizien der Kristallisationskern sein. Die österreichisch-ungarische Regierung kennt die Hoffnungen und die Bestrebungen der Polen sehr gut und hält sich mit mancherlei wichtigen Gründen ihrer Treue verpflichtet. Sie bilden parlamentarisch geradezu eine Prätorianergarde für sie. Gegen den habsburgischen Kaiserstaat werden die Polen nicht leicht etwas unternehmen. Viel eher kann man am Himmel der Zukunftsträume ein Polen sehen, das in Personalunion oder in Sekundogenitur mit dem Donaureich eng verbunden ist. Wie in einem selbständigen Galizien — von weiter bemessenen Grenzen ganz zu schweigen — die Polen mit den Ruthenen fertig werden wollen, ist eine ungelöste Frage. Die Polen machen nur wenig mehr als die Hälfte der dortigen Bevölkerung aus. Ende 1900 wurden nach der Umgangssprache 54,75 vom Hundert Polen, 42,20 vom Hundert Ruthenen gezählt. Der Rest von 3,05 vom Hundert verteilt sich auf Deutsche, Rumänen, Slowaken, Magyaren usw. Die polnische Mehrheit fällt ungefähr zusammen mit der sich zur römisch-katholischen Kirche bekennenden Mehrheit. Diese zählt 3350000 Anhänger, während 3104000 griechisch-katholisch (uniert), 45000 protestantisch und nicht weniger als 810000 israelitisch sind. Die konfessionelle Spaltung erschwert die Lösung des Problems. Oder sollen auch die galizischen Ruthenen von dem Polenreiche der Zukunft ausgeschlossen sein? Meist vernimmt man doch, daß das eigentliche Ziel der Polen die Wiederherstellung des Jagellonenreichs in seiner größten Glanzzeit sei. Es solle von „Meer zu Meer“, von der Weichselmündung bis zur Pruthmündung gehn. Doch ist rückhaltlos anzuerkennen, daß die schon erwähnte Frage viel enger und besonnener gestellt ist. Sie spricht nur von dem heutigen polnischen Sprachgebiet und schließt die Litauer und die Ruthenen aus.

Was heißt heutiges Sprachgebiet? Das führt uns auf das, was für uns Deutsche allein von Bedeutung ist, und weshalb es auch für uns einen gewissen Zweck hat, auf die Frage einzugehn. Betrachten die Polen Westpreußen als polnisches Sprachgebiet?

Unter je 1000 Personen ortsanwesender Bevölkerung wurden am 1. Dezember 1900, ermittelt nach der Muttersprache, gezählt:

	im Regierungsbezirk Danzig	im Regierungsbezirk Marienwerder
deutsch	717,11	590,21
deutsch und anderssprachig	8,61	13,43
polnisch	139,67	384,21
kassubisch	143,43	11,69

Kann man diese Provinz, kann man auch nur einen einzigen Regierungsbezirk als polnisches Sprachgebiet in Anspruch nehmen? In dem einen machen die Polen ein Siebentel der Bevölkerung aus und sogar mit den Kassuben noch nicht ein Drittel. In dem andern kommen sie auch mit den Kassuben noch nicht auf zwei Fünftel.

In der Provinz Posen ist die entschiedne Mehrheit der Bevölkerung polnisch, namentlich im Regierungsbezirk Posen. Von 1000 Bewohnern waren

	im Regierungsbezirk Posen	im Regierungsbezirk Bromberg
deutsch	321,72	483,18
deutsch und anderssprachig	4,94	6,93
polnisch	672,55	509,88

Um auf die Frage einer politischen Wiederherstellung Polens in den Grenzen des heutigen Sprachgebiets eine Antwort finden zu können, müßten die Polen doch zunächst bestimmt erklären, ob sie auf Grund dieser Zahlen die Provinz Posen beanspruchen.

Von Schlesien sind die beiden Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz so deutsch, daß wohl kein Pole davon träumt, wegen der ehemaligen Piastenherrlichkeit hier noch ein polnisches Regiment einrichten zu wollen. Breslau hat 959,85 vom Tausend Deutsche, Liegnitz 964,38. Aber in Oberschlesien liegen die Sachen anders. Im Regierungsbezirk Oppeln waren im Jahre 1900 von je 1000 Bewohnern

deutsch	366,35
deutsch und anderssprachig	38,32
polnisch	561,11
wendisch	33,58

Also Oberschlesien ist überwiegend polnisch. Zwar spricht man dort nicht hochpolnisch, sondern ein ganz andres Idiom, das wasserpolaclische, das ein stark mit deutschen Wörtern durchsetztes Polnisch ist. Zwar sind dort die Erinnerungen an den schon im Mittelalter gelösten politischen Zusammenhang mit dem Königreich Polen vollständig erloschen. Dennoch flammt dort heutzutage der polnische Nationalismus kräftig auf. Verlangen also die Veranstalter der im Eingang erwähnten Rundfrage die Regierungsbezirke Posen, Bromberg und Oppeln — rund 42000 Quadratkilometer mit fast 4 Millionen Einwohnern — auf Grund des Begriffs vom heutigen Sprachgebiete für das zukünftige Polenreich?

Es ist schwer, ruhigen Blutes eine Antwort auf ein etwaiges Begehren dieser Art zu geben. Man muß sich einmal ausmalen, was Frankreich und England wohl sagten, wenn kraft ähnlicher Motivierung Korsika und Irland abgetrennt werden wollten. Doch werden wir uns bemühen, die Sache so objektiv zu erörtern, als handelte es sich um Gebiete auf dem Monde.

Westpreußen hat nicht nur eine noch stärkere deutsche Mehrheit als sogar Posen eine polnische, es ist auch zugleich die Verbindung zwischen dem deutschen Ostpreußen (rund 800 vom Tausend der Bevölkerung sind deutsch, nur rund 80 polnisch) und dem Hauptkörper des Deutschen Reichs. Daß Deutschland nicht auf Ostpreußen verzichten kann, ohne sich selbst aufzugeben, wird man am Ende auch einem polnischen Chauvinisten nicht erst auseinanderzusetzen

brauchen. Und daß sich derselbe Grund deshalb auch für Westpreußen mit zwingender Gewalt geltend macht, ergibt sich mit unerbittlicher Folgerichtigkeit. Also mögen die Polen zunächst unumwunden anerkennen: an Westpreußen denken wir nicht mehr. Und mögen sie dies nicht nur mit den Lippen aussprechen, sondern auch durch ihr ganzes Verhalten bekräftigen!

Wir kommen dann zu Posen. Allerdings zählt die Provinz mehr polnische als deutsche Einwohner. Aber wenn Deutschland sie jemals verlieren sollte, so wäre das doch, als ob ihm ein Loch in die linke Seite gerissen würde. Die ganze Doppelprovinz Preußen von der brandenburgischen Neumark bis zur Memelmündung ragte nur noch wie ein langer schmaler Lappen zwischen russisches und polnisches Gebiet hinein. Strategisch wäre sie von vornherein verloren. Die Ostgrenze des Reichs, die jetzt an ihrem nächsten Punkt 280 Kilometer von der Reichshauptstadt entfernt liegt, käme damit auf 120 Kilometer heran. Zwischen Thorn und Schlesien bei Wartenberg täte sich eine breite Gasse von 200 Kilometern Weite auf. Ist es denkbar, daß ein Reich mit unerschütterten Machtmitteln einen solchen Verlust zuließe, ohne sein Letztes daran gesetzt zu haben, ein solches Schicksal abzuwenden?

Was Oberschlesiens strategische Bedeutung anlangt, so verweisen wir nur auf die Kriege Friedrichs des Großen. Unter heutigen Verhältnissen reicht sie wohl nicht an die Posen und vollends Westpreußens hinan. Doch ist sie immer noch gewaltig. Man denke nur, daß es einmal gelten könne, einem russischen Angriff durch einen Offensivstoß zuvorzukommen oder auch nur die russische Heeresleitung zu zwingen, ihre Machtmittel zu teilen! Wenn diese über Posen und Oberschlesien zugleich verfügte, was eintreten müßte, sobald das auf Grund des „Sprachgebiets“ wiederhergestellte Polen, wie es in dem Rundschreiben heißt, „ein autonomes, dem russischen Reiche föderativ angeschlossenes Gebiet“ würde, wäre es eine strategische Bedrohung aller schlimmster Art für den deutschen Osten. Diese Gründe reichen allein aus, jeden Gedanken an die Möglichkeit des Verlustes völlig undiskutierbar zu machen. Das müßte man doch eigentlich auch in Krakau einsehen. Was sollte nun aber aus den Deutschen in den drei Regierungsbezirken werden? Es handelt sich um etwa anderthalb Millionen, eine Minderheit, über die kein Mutterland, das sich nicht wegen gänzlichen Mangels an Herz für seine Kinder vor der Mit- und Nachwelt verächtlich machen will, zur Tagesordnung übergehen kann. Es kann sich nicht auf die bloße nationale Toleranz eines andern Volkes verlassen, auch wenn solche einigermassen wahrscheinlich wäre. Bei den Polen steht sie zudem gar nicht einmal in Aussicht, denn sie sind nationale und konfessionelle Fanatiker, davon erzählt die Geschichte aller jemals dem Polentum unterworfenen Länder: Westpreußen, Kurland, Litauen, Wolhynien, Podolien und sogar das heutige Ruthenentum in Galizien. Vielleicht sagt das heutige Polentum: Ihr wollt in den drei Regierungsbezirken nicht einmal eure Minderheit den Fremden ausliefern, wir sollen unsre Mehrheit preisgeben? In dieser

Beziehung gilt das *felix possessor*. Wir sind der stärkere Teil und können nicht dem Geheiß des Schwächern weichen. Wir sind auch das, was die Kultur anlangt, höher stehende Volk und müssen unsre Kultur dort verteidigen, wo sie Boden gefaßt hat. Wir haben auch zu unsrer ganzen nationalen Stellung, zur Sicherung unsers Reichs alles nötig, was in unserm Besitz ist, wir können nichts davon hergeben, etwa aus schwächlichen Gefühlsanwandlungen. Erst wenn die Macht unsers Reichs zerschmettert am Boden läge, würde ein Feind es wagen können, aus unserm blutenden Leibe ein Stück herauszureißen.

Diese scharf verneinende Antwort ist nicht im geringsten von Polenfeindschaft diktiert. Sie ist folgerichtige Logik, die man auf polnischer Seite füglich selbst nicht bestreiten kann. Die Liebe zur Nationalität, zur Muttersprache, zur angestammten Kirche ist an sich nicht tadelnswert. Auch kann den Polen die Hoffnung, wieder zu einem unabhängigen Staatsgebilde zu kommen, menschlich nicht zum Vorwurf gemacht werden. Auch das Gesetz bestraft keine Hoffnungen, sondern nur Handlungen. Handlungen, die sich gegen die drei Staaten richten, die heute den Boden der ehemaligen polnischen Republik beherrschen, werden allerdings als Hochverrat bestraft. Die Polen als Nation, von einzelnen Eiferern abgesehen, hüten sich wohl, sogar in der schweren Krisis, in der sich Rußland augenblicklich befindet, zu verbrecherischen Handlungen überzugehen. Deutschland ist im Vollbesitz seiner Macht und wird sich solcher noch ganz anders zu erwehren wissen als Rußland.

Mit dem Gedanken an die Wiederherstellung ihres unabhängigen Reiches kommen die Polen auf den Boden der praktischen oder vielmehr praktisch sein sollenden Politik, und da handelt es sich um andre Dinge als um Hoffnungen. Da müssen sie die entgegenstehenden Umstände berücksichtigen, also den Willen und die Macht der drei Großmächte. Was Österreich-Ungarn anlangt, so ließe sich wohl eine Melodie finden, die den Ohren dieses Staates nicht mißfielen. Es ist kaum denkbar, daß die Polen nicht versuchen sollten, wenigstens diese eine Macht für ihr Vorhaben zu gewinnen. Kann doch Galizien schon jetzt geradezu als Exerzierplatz für die Herstellungs-idee, als Vorstufe für den künftigen polnischen Staat gelten. An Österreich-Ungarn, das polyglotte Imperium, die katholische, stark dem Klerikalismus ergebene Macht muß sich der neue Staat anlehnen. Ob dafür nun die Form der Personalunion, des Eintritts in die Monarchie etwa nach dem Muster Ungarns oder die der Sekundogenitur oder noch eine andre Form gesucht werden soll, ist verhältnismäßig eine Nebensache. Der ganze Schwerpunkt liegt in den Beziehungen zu Rußland. Die Krakauer Fragestellung nimmt in Aussicht erstens die Unabhängigkeit, zweitens die Umwandlung Russisch-Polens in ein autonomes, dem russischen Reiche föderativ angeschlossenes Gebiet mit eigenem Landtag, eigener Landesregierung und eigenem Wehrwesen. Die zweite Eventualität entrißt die polnischen Teile Österreichs und Preußens der Betrachtung, doch ist schwer anzunehmen, daß es die Polen dabei bewenden lassen werden.

Ob in den heutigen kritischen Zeiten für Rußland die Möglichkeit erscheint, daß Polen eine weitgehende Autonomie unter zarischem Zeppter erlangt, bleibe dahingestellt. Wissen kann das niemand, denn die Zukunft der russischen Dinge ist mit einem dichten Schleier verhüllt. Die volle Unabhängigkeit aber wäre sicher von Rußland auf gutlichem Wege nur zu erreichen, wenn es vollständig der Anarchie verfiel. Darüber ist natürlich nicht in praktische Erörterung einzutreten. Andernfalls müßten die Polen auf Tod und Leben kämpfen, wie am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, wie 1830/31 und 1863. Auch über die Aussichten, auf die sie dabei zu rechnen hätten, kann man füglich nicht reden. Nur soviel kann man sagen, daß sie sich nicht die kleinste Hoffnung machen dürfen, wenn in Rußland auf die eine oder die andre Art eine starke Regierung wiederhergestellt wird. Auch wenn es eine demokratische sein sollte, würde ihnen keine rosige Morgen Sonne winken. Denn auch was heute in nationalen Fragen verhältnismäßig tolerant auftritt, wird sich schwerlich zu Zugeständnissen herbeilassen, wenn Ordnung und Macht zurückgekehrt sind. Es ist höchst bezeichnend, daß der Slawenkongreß in Prag 1848 so gut wie gar nicht aus Rußland beschickt wurde, daß Batunin mit seinem polenfeindlichen Kosmopolitismus in Rußland schlechtweg gar keinen Anklang fand, und daß die höchst populäre, einflußreiche „Glocke“ Alexander Herzens in Rußland allen Anklang verlor und baldigt unterging, als sie in Batunins Hände kam und Partei für die aufständischen Polen ergriff. Es ist kaum denkbar, daß sich die Polen von Rußland losreißen können, solange dieses eine Großmacht ist.

Daß die Polen daran denken könnten, mit Gewalt dem Deutschen Reiche die Landesteile zu entreißen, in denen überwiegend polnisch gesprochen wird, glauben wir nicht. So lange ein bald schwächer, bald stärker auftretender revolutionärer Zug durch die polnischen Lande weht, wird er immer ein Element der Einigkeit unter Deutschland und Rußland sein. „Wenn zwei denselben Wolf bei den Ohren haben, sagte kürzlich recht drastisch ein englisches Blatt, werden sie immer geneigt sein, sich zu vertragen.“ Man hat uns gedroht, wenn Polen erst mit Rußland im reinen sei, werde die polnische Propaganda in Deutschland erst recht losgehen. Das wäre bedauerlich und könnte allerlei Unannehmlichkeiten schaffen — am meisten für die Polen. Jeder Erfolg ist ausgeschlossen. Ob sich die Polen den umgekehrten Fall vorgelegt haben, nämlich wie ihre Chancen steigen würden, wenn sie nicht auch noch mit Deutschland in schwerer Differenz stünden, wissen wir nicht. Deren Beilegung könnte natürlich in nichts anderm bestehn als in der rückhaltlosen Anerkennung der Tatsache, daß die Ostgrenze Preußens unverrückbar feststeht. Über ein andres ist gar nicht zu verhandeln. Mündliche Zusagen bedeuten natürlich nichts, sie binden höchstens den, der sie abgibt. Entscheidend wäre nur ein vollständig andres Verhalten des gesamten Polentums in Deutschland, der Verzicht auf die Widerspenstigkeit, die bis jetzt soviel Verdrießlich-

keiten schafft. Wir sind zu sehr Realpolitiker, als daß wir uns darauf irgendwelche Hoffnungen machen könnten, und darum wird der Gegensatz zwischen deutsch und polnisch wohl bleiben. Es ist auch sehr fraglich, ob einer solchen Wendung im Verhalten der Deutsch-Polen irgendein Einfluß auf unsere Beziehungen zu Rußland eingeräumt werden dürfte. Nur vom Standpunkte der Polen läßt sich theoretisch sagen: wenn sie auf Losreißung Russisch-Polens rechnen, muß die erste Bedingung sein, den Gegensatz zu Deutschland aufzuheben und mit ihm ins reine zu kommen — *divide et impera*. Ist das den Polen die Aufopferung der drei oder vier deutschen Regierungsbezirke nicht wert, so wird ihre Sache um so schlechter stehn. Und wir nehmen es als sicher an, daß die Polen, die so große Illusionspolitiker sind, nicht an ein solches Opfer denken werden.

Daß an sich die Existenz eines Bufferstaats zwischen Deutschland und Rußland für unser Vaterland verderblich sein würde, läßt sich natürlich nicht behaupten. Im Gegenteil, es könnte manches angenehme haben. Zumal wenn die Polen in den mehr als hundert Jahren ihrer Unselbständigkeit gelernt haben sollten, wie Staaten regiert werden müssen. Die fürchterlichen Zustände, die den Untergang des alten Reiches bewirkt haben, dürften nicht wiederkehren, wenn nicht alsbald ein zweiter Zusammenbruch eintreten sollte. Die fanatische kirchliche Intoleranz ebensowenig. Der polnische Bauer und Bürger würden sich ihr Recht am Staat nicht vorenthalten lassen. Mit der ausschließlichen Adels Herrschaft wäre es vorbei. Die Fremden und die Nichtpolen würden ganz andre Rechtsbürgschaften erhalten müssen.

Was man gewöhnlich unter Russisch-Polen versteht, und was auch staatsrechtlich so behandelt wird, sind zehn Gouvernements von zusammen 127319 Quadratkilometern und nach der Zählung von 1897 9,4 Millionen Einwohnern. Überwiegend polnisch sind noch drei Kreise des Gouvernements Grodno, doch sollen diese hier außer acht bleiben. Ebenso Litauen und die ehemals dem Königreich Polen nur unterworfenen stammfremden Landesteile (Wolhynien, Podolien usw.). Auch dieses sogenannte Russisch-Polen ist noch keineswegs vollständig im Besitz der polnischen Rasse. Reichlich ein Viertel ist anderssprachig, namentlich ruthenisch, litauisch und deutsch. In dem südöstlichen Gouvernement Lublin, das 1200000 Einwohner zählt, gehören nur 62,5 vom Hundert zur römisch-katholischen Kirche; 21,8 vom Hundert sind griechisch-orthodox und uniert, 7,4 vom Hundert protestantisch und 13,3 vom Hundert jüdisch. Die Juden kann man freilich nicht in Gegensatz zum Polentum stellen, denn sie würden sich mit einer polnischen Herrschaft wohl noch besser abfinden als mit der russischen. Ein aus Russisch-Polen gebildeter Staat mit 9 $\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern würde bei 7 Millionen wirklicher Polen überwiegend polnisch sei. Denkt man sich dieses mit Galizien vereinigt, wobei wir Galizien nicht als den annektierten sondern den annektierenden Teil ansehen, so kämen 78500 Quadratkilometer mit 7,3 Millionen Einwohnern

hinzu, doch kann hiervon nur die westliche Landeshälfte als polnisch angesehen werden. Galizien zählt nur 3,9 Millionen Polen, daneben 3,1 Millionen Ruthenen. Mit der Anwendung des Begriffes „Sprachgebiet“ auf ganz Galizien wäre es also eine heikle Sache. Die ruthenische Minderheit würde dem Staat das Leben sauer machen. Die drei preussischen Regierungsbezirke mit polnischer Mehrheit zählen 43208 Quadratkilometer und $3\frac{3}{4}$ Millionen Einwohner, unter denen nur 2,4 Millionen Polen wären. Das wäre auch ohne Westpreußen ein ganz ansehnlicher Staat: 249000 Quadratkilometer, also fast halb so groß wie Deutschland, mit $20\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern, unter denen etwa 13,3 Millionen Polen wären. Daß das nichtpolnische Drittel den Polen ausgeliefert würde, finden diese natürlich vollständig in der Ordnung. Doch dieser Staat hat ein Gutes für Deutschland: er wird niemals das Reich der Träume verlassen und auf die Erde herniedersteigen. Plänen dieser Art wird sich nicht nur Rußland, sondern auch das etwas solidere Deutsche Reich bis zum letzten Atemzug widersetzen.



Zeitungsberichte und Gerichtsverhandlungen

Von Landrichter Dr. Winter



ie Gefährlichkeit der Presseberichte sensationslüsterner Tagesblätter über die Greuelthaten aller Art, die sich in Stadt und Land ereignen und ein gerichtliches Nachspiel haben, ist oft schon betont und beklagt worden; gar mancher jugendliche Leser wird zur traurigen Racheiferung angespornt, wer täglich mit solchen Dingen gefüttert wird, muß mit der Zeit stumpf gegen das Gemeine und frivol werden. Ein besonders wichtiger Punkt aus diesem Kapitel aber, der sich nicht nur auf die rächende Nemesis, die Strafjustiz, sondern auf jede Art von Rechtspflege bezieht, sei hier erörtert: die häufige Entstellung der Tatsachen in den Presseberichten, die teils unabsichtlich, teils bewußt geschieht, und die Kritik der Maßnahmen und Urteile der Gerichte, die auf Grund solcher unsichern Unterlagen in den Tageszeitungen geübt wird.

Den Luxus, juristisch durchgebildete Berichterstatter in die Gerichtsverhandlungen zu senden, können sich natürlich nur wenige große Blätter gestatten. Gemeinhin ist es in der Strafjustiz auch ohne Bedenken, denn die einfachen Notizen, daß X Y Z wegen Diebstahls, Widerstandes, Körperverletzung und dergleichen zu so und so viel Jahren Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt worden ist, kann jeder Durchschnittsreporter machen. Bei andern Strafsachen, wie Betrug, Konkursvergehn u. a., ist das schon weit schwieriger, weil die Anwendung dieser fein ausgeklügelten Rechtsnormen auf die meist